

Klaus Wowereit
Der Regierende Bürgermeister von
Berlin
Senatskanzlei
Jüdenstr. 1

10178 Berlin

— Nachhaltige Entwicklung für Berlin

| 14.10.2011

Sehr geehrter Herr Wowereit,

seit dem Nachhaltigkeitsgipfel der UN 1992 in Rio de Janeiro engagieren sich weltweit und auch in der deutschen Hauptstadt und ihren Bezirken zahlreiche Menschen für eine zukunftsfähige Entwicklung. Im Juni nächsten Jahres werden Repräsentanten der Weltbevölkerung wiederum in Rio zusammen kommen, um Bilanz auf allen Ebenen zu ziehen und Impulse für die nächsten Jahre zu geben. Auch Berlin hat hierfür einiges vorzuweisen, das lohnt, bilanziert und als Wegmarke für die weitere Entwicklung aufgegriffen zu werden.

Am 30. August haben wir mit Ihnen in einer von allen Beteiligten als äußerst konstruktiv empfundenen Podiumsdiskussion die Weiterentwicklung der Agenda 21 - Aktivitäten hin zu einer Nachhaltigkeitspolitik für Berlin diskutiert. Alle ParteivertreterInnen hatten sich für eine stärkere Verankerung der UN-Perspektive „nachhaltige Entwicklung“ in Berlin und für eine entsprechende Weichenstellung auf politischer Ebene ausgesprochen. Gleichmaßen wurde der Wunsch nach einem Neustart für den Agendaprozess deutlich, um Nachhaltigkeit als wirkliche Querschnittsaufgabe sowohl in den Ressorts als auch in zentralen Bereichen der Berliner Stadtgesellschaft zu verankern.

Wir möchten an dieser Stelle den begonnen Dialog fortsetzen und Ihnen wesentliche Ergebnisse der Diskussionsveranstaltung zur Kenntnis geben, mit der Bitte, diese in den Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen.

Ein parteiübergreifender Konsens konnte in folgenden Punkten festgestellt werden:

- ⇒ Der Agenda 21 - Prozess benötigt dringend eine Weiterentwicklung hin zu einer Landes-Nachhaltigkeitsstrategie für Berlin. Dieser Prozess sollte umgehend zu Beginn der Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden. (Konsens bei allen Parteien)
- ⇒ Die Zielstellungen der Agenda 21 sollten in den nächsten 5 Jahren mit mehr Nachdruck umgesetzt werden. Dafür wird kein neuer Beschluss des Abgeordnetenhauses benötigt, denn die Ziele aus dem Agenda-21-Beschluss von

2006 werden weiterhin als wesentlich erachtet. (Übereinstimmung bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

- ⇒ Verbindliche BürgerInnenbeteiligung wird benötigt, sowohl auf Landesebene als auch auf Bezirksebene. (Konsens)
- ⇒ Ein verbindliches Set von Nachhaltigkeits-Indikatoren muss auf Basis bestehender Vorschläge und Modelle gesellschaftlich und parlamentarisch ausgehandelt und zeitnah verabschiedet werden. (Konsens)
- ⇒ Es muss einen hochrangigen Koordinationsausschuss des Senats für die Durchführung einer Politik der nachhaltigen Entwicklung in Berlin geben. (Konsens)
- ⇒ Die Einrichtung eines Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung wurde prinzipiell von allen Parteien befürwortet, auch wenn unterschiedliche Auffassungen über dessen Zusammensetzung bestehen.
- ⇒ Einigkeit bestand darin, dass ermutigende Beispiele wie der „Zukunftsrat Hamburg“ und der „Nachhaltigkeitsbeirat Brandenburg“ wichtige Impulse für die Einrichtung eines Berliner Nachhaltigkeitsbeirates in der kommenden Legislaturperiode geben können.

Darüber hinaus regen wir als Verein Berlin21 an, folgende weitere Gesichtspunkte bei den Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen:

1. Ein erfolgreicher und nach außen ausstrahlender Nachhaltigkeitsprozess benötigt die regelmäßige Fortschreibung einer Nachhaltigkeitsstrategie und dabei die Nutzung interaktiver Internet-Plattformen für einen vorgeschalteten Bürgerdialog nach dem Vorbild des nationalen Nachhaltigkeitsprozesses. (Dialog Nachhaltigkeit)
2. Die Einführung eines Nachhaltigkeits-Checks für wichtige stadtentwicklungspolitische Maßnahmen der Berliner Verwaltung (Beispielhaft wird dieser u.a. in Heidelberg umgesetzt), sowie die Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung für Gesetzesvorlagen, wie dies bereits in Baden-Württemberg und auf Bundesebene praktiziert wird.
3. Die Entwicklung eines regionalen Wohlfahrtsindex‘ für Berlin (und zukünftig auch in Zusammenarbeit mit Brandenburg auch für die Metropolenregion Berlin-Brandenburg), wie ihn z. B. Schleswig-Holstein schon entwickelt hat.
4. Die Verankerung eines offenen Dialogs in der Stadt über das Thema „Wachstum vs. Wohlfahrt“ (vgl. auch Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu „Alternativen zum BIP“).

5. Weiterhin empfehlen wir dringend eine Beteiligung Berlins als Bundeshauptstadt am „Dialog nachhaltige Stadt“: Seit Anfang 2010 treffen sich auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) Oberbürgermeister von rund zwanzig deutschen Städten zu einem Erfahrungsaustausch über strategische Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung. Jüngstes Ergebnis ist die Publikation „Städte für ein nachhaltiges Deutschland - Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung“ (RNE, Texte Nr. 36, Juni 2011). Weitere engagierte Kommunen sind in der Dialogrunde willkommen.

Wir als Verein Berlin 21 sind für einen Neustart zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung auf Basis der in der Berliner Agenda 21 verankerten Ziele bereit und sagen Ihnen unsere aktive Mitwirkung sowie eine konstruktive Zusammenarbeit zu.

Die Voraussetzungen für die weitere Netzwerkbildung zur Aktivierung und Koordinierung der Zivilgesellschaft für die Nachhaltigkeitsstrategie Berlins sollten mit einem eigenen Titel im Haushaltsplan 2012/13 geschaffen werden.

Berlin 21 e. V. erklärt sich bereit, in Zusammenarbeit mit der Berliner Zivilgesellschaft die Themen und Inhalte für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie aufzuarbeiten und diesen Prozess zu koordinieren. Auf diese Weise wollen wir gerne aufbauend auf unseren Aktivitäten der letzten Jahre unseren Beitrag zur Erarbeitung einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie durch die Landesregierung leisten.

Sie haben die Wahl am 18.9. 2011 gewonnen und beginnen jetzt mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung und über die Schwerpunkte Ihrer Politik in der nächsten Legislaturperiode. Dafür wünschen wir Ihnen viel Erfolg und bitten Sie, die gemeinsam erkannten Punkte, die für die nachhaltige Entwicklung von Berlin von großer Bedeutung sind, in Ihren Koalitionsvereinbarungen an prominenter Stelle zu berücksichtigen.

Berlin, den 14. Oktober 2011

Pia Paust-Lassen

Malte Schmidthals

Frank Mues

Vorstand von Berlin 21 e. V.